



## Manchmal sieht man schwarz

Wenn „Quo vadis“ nicht manchmal schon etwas abgedroschen klingen würde, wäre es vielleicht eine gute Überschrift für das, was wir aktuell und in jüngster Vergangenheit erleben.

### Inhalt

- 2 Finanzminister Bayaz verärgert Tarifbeschäftigte
- 2 Seminar – Vorbereitung auf den Ruhestand
- 3 IPA-Neujahrsempfang 2023 der Verbindungsstelle Karlsruhe
- 3 Start der Schulungen und Seminare 2023
- 3 Die DPoIG-Landesgeschäftsstelle bittet um Ihre Mithilfe!
- 3 Einladung
- 4 Jahreshauptversammlungen
- 6 Statement der DPoIG zur Cybersicherheit
- 7 Rolf Fauser eröffnet „sein“ Kriminalmuseum in Böblingen
- 8 Deutsche Polizeigewerkschaft fordert Streichung der Hinzuverdienstgrenze – auch für Beamte
- 8 Elektronische Arbeitsfähigkeitsbescheinigung

In der Nacht auf Mittwoch, den 8. Februar 2023, wurde ein Polizist in der Ulmer Innenstadt von vier Unbekannten im wahrsten Sinne des Wortes zusammengetreten. Die Männer waren dem Polizisten, der privat unterwegs war, aufgefallen und er verständigte seine Kollegen. Das bemerkten die Täter. Noch bevor die alarmierten Streifen eintrafen, griffen sie den Beamten „massiv“ an. Mit Stand 9. Februar wurde er bereits ein erstes Mal operiert, weitere Operationen werden noch nötig sein.

Noch vor wenigen Tagen hatte der Innenminister einen sogenannten Sicherheitsgipfel einberufen, damit Vorgänge, die in der Silvesternacht in Berlin geschehen sind, nicht auch in Baden-Württemberg ankommen. Der Titel: „Wie schützen wir die, die uns schützen?“

Der Vorgang, um den es geht, war nicht in Berlin. Er war einer von Tausenden Fällen in Baden-Württemberg, in denen Polizeibeamte verletzt wurden.

„Wo bleibt denn der Minister“, fragen wir uns. Was ist oder wurde nach dem Sicherheitsgipfel veranlasst? Hochglanzbroschüren, Arbeitsgruppen, fast tägliche Erfolgsmeldungen, schöneredete Pressestatements. Aber wann passiert endlich etwas? Wann kommt endlich zumindest das Fürsorgepaket für die Polizeibeschäftigten? Wann kommen die Gesetzesvorlagen zur Erstattung von Schmerzensgeld? Wann wird endlich ein optimierter (dienstlicher) Rechtsschutz gewährt? Wer kümmert sich und wann um die Opfer? Wann werden die Täter endlich richtig zur Rechenschaft gezogen?

Der tragische und verachtenswerte Vorgang zeigt, wie brutal und menschenverachtend Täter auch in Baden-Württemberg agieren.

Dieser Fall in Ulm scheint wieder zu einem Musterbeispiel dafür zu werden, dass diejenigen, die sich für die Sicherheit

der Gesellschaft einsetzen, an Leib und Seele verletzt werden. Und er wird zeigen, wie wenig „Staat“ diesem Polizeibeschäftigten dann zur Seite steht. Wann wird endlich etwas unternommen? Wann endlich reagiert die Politik, wann endlich werden Maßnahmen – zumindest in der Opferfürsorge – für die Polizeibeschäftigten getroffen? Wie viele Sicherheitsgipfel und Arbeitskreise wird es noch geben? Wann hört endlich das Reden auf und man beginnt zu „handeln“?

Wir sind uns sicher, dass die Ulmer Polizeiführung alles tun wird, was in deren Macht liegt. Und man kann nur hoffen, dass die Rechtsgrundlagen ausreichen, um beamtenrechtlich die richtigen Maßnahmen ergreifen zu können. Nur darauf wird sich der Kollege stützen können. Vom warmen Händedruck und Sonntagsgesprächen der Politik kann er sich nichts kaufen.

*Ihr/euer Ralf Kusterer*

### Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger  
(V. i. S. d. P.)  
Telefon 07251.703-1510  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 0711.9979474-0  
Telefax 0711.9979474-20  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830



# Finanzminister Bayaz verärgert Tarifbeschäftigte

Die gestiegenen Lebenshaltungskosten haben besonders den Tarifbeschäftigten in der Polizei zugesetzt. Ganz besonders diejenigen, die sowieso schon zu den Geringverdienern zählen, die mehr Geld bekommen würden, wenn sie dem Land den Rücken kehren und sich vom Bund das Bürgergeld auszahlen lassen würden.

diese bei der Dienststelle einen Zuschlag für die gestiegenen Lebenshaltungskosten beantragen können. Und natürlich wurde dabei auch eine tarifrechtliche Regelung benannt, die diese Möglichkeit vorsieht.

Davon machten sehr viele Polizeibeschäftigte Gebrauch. Die Anträge wurden gesammelt und sollten dem Innenministerium vorgelegt werden, die dann wiederum dem Finanzminister zur Entscheidung vorgelegt werden sollten.

Was jetzt zur Verärgerung und Enttäuschung führte, ist ein Schreiben des Finanzministers an alle Ministerien. Dort lehnte er eine Bewilligung für alle Antragsteller aus ganz Baden-Württemberg ab. Er forderte alle Ministerien und nachgeordneten Dienststellen auf, die Anträge der Tarifbeschäftigten mit seiner Begründung abzulehnen. Demnach sieht sich der baden-württembergische Finanzminister Bayaz nicht in der Lage weder, durch seine noch andere Behörden in Baden-Württemberg, festzustellen, inwieweit die Lebenshaltungskosten im „Ländle“ unterschiedlich gestiegen sind.

Für den stellvertretenden Landesvorsitzenden und Landestarifbeauftragten Edmund Schuler ist das der blanke Hohn, der den Tarifbeschäftigten entgegenschlägt. Dabei setzen die teilweise einfachen Absage-mails der Dienststellen dem Ganzen noch die Krone auf. Was ist das für eine Wertschätzung?

„Während der Bund eine sogenannte Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3000 Euro beschlossen hat, die in der privaten Wirtschaft auch vielfach ausbezahlt wurde, machen sich Kretschmann und Bayaz einen schlanken Fuß“, so Schuler. „Bei-

de wissen offensichtlich nicht, was es bedeutet, mit dem Geld, welches Tarifbeschäftigte in der Polizei verdienen, auch tatsächlich auszukommen. Und sie wissen offensichtlich nicht, was die Kolleginnen und Kollegen täglich leisten. Wenn diese sich einen schlanken Fuß machen, bricht nicht nur das marode Landeskriminalamt, sondern noch viel mehr in diesem Land, zusammen.“

Hilfestellung soll der grüne Finanzminister nun von den schlecht bezahlten Polizeitarifbeschäftigten und sicher auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern bekommen. Denn die Deutsche Polizeigewerkschaft will Kassenbelege entweder im Original oder in Kopie an den Finanzminister senden. Sozusagen als ersten Teil, damit sich dieser ein Bild davon machen kann, wie zum Beispiel die Lebensmittelpreise im Land variieren.

Edmund Schuler, Landestarifbeauftragter der DPoIG: „Die Menschen in den unteren Einkommensgruppen müssen dringend unterstützt werden. Die Menschen stehen mit den Mehrkosten am Abgrund. Wenn bis vor Monaten die Rechnung mit dem Gehalt noch gerade so aufging und seit den enormen Preissteigerungen auf einmal plötzlich

200 Euro oder mehr im Monat fehlen, stellt sich die Frage, wie man damit umgehen soll. Noch mehr Schulden machen oder vielleicht noch einen weiteren zusätzlichen Nebenjob?“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft geht davon aus, dass Bayaz alles auf die Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) im Herbst schiebt, in der Hoffnung, die Inflation gehe bis dahin zurück und man könne den Tarifbeschäftigten weniger bezahlen. Dabei kündigt der Bundes- und Landestarifbeauftragte einen „heißen Herbst“ an. Schuler: „Wer so unmenschlich mit seinen Beschäftigten umgeht, muss spüren, wie es ist, wenn deren Leistung ausbleibt. Die Beschäftigten sind nicht mehr bereit, das hinzunehmen.“

„Grundsätzlich“, so Schuler weiter, „muss man vom Land als Dienstherr und Arbeitgeber doch erwarten können, dass Anträge sachgerecht geprüft und wenn weitere Informationen dazu benötigt werden, diese auch eingeholt werden. Es gibt Mietspiegel und viele andere Möglichkeiten, um die unterschiedlichen Anstiege der Lebenshaltungskosten zu berechnen.“ Die Deutsche Polizeigewerkschaft kündigte unterdessen weitere rechtliche Prüfungen an.



© DPoIG

> Edmund Schuler

Die Bundesregierung hat für einige Unternehmen Rettungsschirme aufgespannt. Am stärksten wirkt dabei die sogenannte Inflationsausgleichsprämie, mit der die Arbeitgeber(innen) ihren Beschäftigten in der freien Wirtschaft bis zu 3000 Euro steuer- und abgabenfrei zugestehen können. Während die Grünen im Bund diese Regelungen mit auf den Weg gebracht haben, lehnt der grüne Ministerpräsident in Baden-Württemberg eine solche Zahlung für seine gering verdienenden Arbeitskräfte beim Staat ab. Kretschmann sah keine tarifrechtlichen Möglichkeiten, um seinen Angestellten eine Sonderzahlung gewähren zu können.

Kurz vor Weihnachten hat die Deutsche Polizeigewerkschaft daraufhin ihren Tarifbeschäftigten ein Musterschreiben zur Verfügung gestellt, mit dem

## SEMINAR VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND

Termine 2023

in Baiersbronn

19./20. Juni  
20./21. Juni

Die bei unseren Mitgliedern sehr begehrten Seminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand finden in unserem Seminarhotel - Waldhotel Sommerberg in Baiersbronn/Obertal statt.

19./20. September  
8./9. November

Die DPoIG-Landessenorenvertretung trifft mit einem ständig angepassten Hygiene-Konzept höchste Sicherheitsvorkehrungen. Die reduzierte Teilnehmerzahl wurde auch 2023 beibehalten.

9./10. November  
13./14. Dezember  
14./15. Dezember

Die Teilnehmergebühr beträgt 60 Euro. Im Teilnehmerbetrag sind die Übernachtung mit Vollpension, Getränke und zahlreiche Unterlagen enthalten.

Anmeldung über: [60plus@dpolg-bw.de](mailto:60plus@dpolg-bw.de)

Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.



# IPA-Neujahrsempfang 2023 der Verbindungsstelle Karlsruhe



© DPoIG

> Erster Landesbeamter für den Landkreis Karlsruhe Knut Bühler, Landesvorstandsmitglied Norbert Schwarzer, Leiter der Staatsanwaltschaft KA, Leitender Oberstaatsanwalt Jürgen Gremmelmaier, Polizeipräsidentin Caren Denner, Leiter IPA-Verbindungsstelle KA, EPHK Tom Weigand, DPoIG-Kreisvorsitzender Christian Stemmler, Leiter der Kirchfeld-Kaserne KA, Hauptmann Jacoby (von links)

Am 17. Januar 2023 führte die IPA-Karlsruhe ihren traditionellen Neujahrsempfang durch. Erstmals fand dieser in der Kirchfeld-Kaserne in Karls-

ruhe statt. Schon traditionell nehmen an dieser Veranstaltung der DPoIG-Kreisvorsitzende und Vorsitzende des Örtlichen Personalrats beim

Polizeipräsidium Karlsruhe, Christian Stemmler, und der Landesbeauftragte für den Freiwilligen Polizeidienst, sowie Mitglied im DPoIG-

Landesvorstand, Norbert Schwarzer, teil, um die Verbundenheit zur IPA zum Ausdruck zu bringen.

## > Start der Schulungen und Seminare 2023



© DPoIG

Nach einer kleinen Winterpause startete das DPoIG-Schulungsteam am 8. Februar 2023 wieder mit dem Jahresprogramm der Schulungen und Seminare im beliebten Waldhotel Sommerberg in Baiersbronn,

das nun seit 2009 optimale Schulungsbedingungen für die Aus- und Fortbildungsteilnehmer der DPoIG bietet. Den Auftakt machte eine Schulung für Personalvertreter(innen) aus ganz Baden-Württemberg.

## > Die DPoIG-Landesgeschäftsstelle bittet um Ihre Mithilfe!

### Liebe DPoIG-Mitglieder,

bitte teilen Sie alle persönlichen Veränderungen zu Ihrer Mitgliedschaft wie zum Beispiel:

- > Adressänderung,
- > Änderung Bankverbindung,
- > Beförderung,
- > Zuruhesetzung/Eintritt in die Rente,
- > Elternzeit  
(Ruhe der Mitgliedschaft ohne Beitragszahlung),
- > Partnermitgliedschaft  
(beide sind Mitglied der DPoIG und leben zusammen – Partnerrabatt)
- > et cetera

an uns mit:

**DPoIG-Landesgeschäftsstelle,  
Kernerstr. 5, 70182 Stuttgart  
Tel.: 0711.9979474-0  
E-Mail: info@dpolg-bw.de**

Änderungen, die Sie als DPoIG-Mitglied betreffen, werden uns nicht von Ihrer Dienststelle mitgeteilt. Wir sind hier auf Ihre Informationen angewiesen.

*Wir bitten darum, dass Sie uns Post für die DPoIG BW nicht über die Dienstpost senden, sondern direkt an die DPoIG-Geschäftsstelle. Die Briefe kommen sonst entweder zeitverzögert oder gar nicht bei uns an.*

Ihr Team der DPoIG-Landesgeschäftsstelle Deutsche Polizeigewerkschaft, LV Baden-Württemberg e. V.

## > Einladung



... zur **Jahreshauptversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Hochschule Biberach.**

Am **Mittwoch, dem 8. März 2023, 17.30 Uhr**  
Hochschule für  
Polizei Biberach  
Lehrsaalgebäude

Wir laden alle Mitglieder zu unserer Jahreshauptversammlung 2023 ein. Wir hoffen auf ein zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder. Für Speisen und Getränke ist gesorgt.

**Um Anmeldung wird gebeten:**  
Berthold.Kibler@polizei.bwl.de



© DPoIG

> DPoIG Polizeispiegel | März 2023



# Jahreshauptversammlungen

In den vergangenen beiden Monaten haben wieder zahlreiche Jahreshauptversammlungen stattgefunden. Dabei hatten alle Versammlungen eines gemeinsam: Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer war vor Ort und berichtete über die jeweils aktuellen gewerkschaftspolitischen Entwicklungen sowie die tagesaktuellen Herausforderungen. Viel Aufmerksamkeit wurde den Ausführungen entgegengebracht – insbesondere zum neuen „4-Säulen-Modell“ bei der Polizei. Die Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert stellte sich den Fragen der Mitglieder und Mandatsträger und freute sich über das Lob zur Arbeit der Geschäftsstelle. Der stellvertretende HPR-Vorsitzende und Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, gab erste Informationen aus dem Innenministerium und hatte ein Ohr für die kleinen und großen Sorgen vor Ort.

## Kreisverband Main-Tauber

Am Mittwoch, dem 9. November 2022, konnte KV-Vorsitzender Jörg Reutter knapp 30 Mitglieder aus dem Kreisverband begrüßen. Nach einem kurzen Hinweis auf die Regularien gedachte man den beiden verstorbenen Mitgliedern aus dem Kreisverband.

In seinem Rechenschaftsbericht ging der KV-Vorsitzende auf die nunmehr ziemlich genau vier Jahre seit der letzten durchgeführten Jahreshauptversammlung in 2018 ein. Aufgrund von „Corona“ musste die Veranstaltung immer wieder verschoben werden.

Aus der Vorstandschaft waren zwischenzeitlich Martin Pickl 2019 (Wechsel zur Bundespolizei) und auch Gerald Olma (Kassenprüfer) ausgeschieden. Nebenbei wurde ab

2018 noch die DPoIG-Vertretung am IBA Wertheim mit aufgebaut und betreut – eine Aufgabe, die fast ausschließlich auf den Schultern von Sebastian Koall ruhte. Verschiedene Aktionen in den zurückliegenden Jahren hielten trotz Corona den Kontakt zu den Mitgliedern unseres Kreisverbandes aufrecht. Nach dem keine Fragen zu den Rechenschaftsberichten bestanden, wurde dem Vorstand die Entlastung erteilt.

Nach den Wahlen konnten für 40 Jahre Mitgliedschaft Josef Achtmann, Kurt Dümig, Bernd Hagen, Jürgen Kuhn, Axel Wältermann, Ralph Winzenhöler und

Bernhard Schmitt geehrt werden. Für 25 Jahre konn-



> Der Vorstand des KV Main-Tauber

ten Melanie Diemer, Sascha Diemer, René Hilf, Rudolf Knödl, Alexander Fürst, Andrea Frank, Julika Mirtschink und Klemens Wesslein geehrt werden. Eine besondere und vom Vorstand des Kreisverbandes initiierte Ehrung wurde drei Kollegen

zuteil, die seit mindestens 50 Jahren Mitglied in unserer DPoIG sind. Über ein Weinpräsen und eine eigens ausgefertigte Urkunde für ihre 50-jährige Mitgliedschaft konnten sich Gerhard Häfner, Erich Hauck und Günter Hauck freuen.

<b>Kreisvorsitzender</b>	Jörg Reutter
<b>Stellvertreter</b>	Viktor Waiz
<b>Kreisgeschäftsführer</b>	Alexander Spang
<b>Schatzmeister</b>	Sebastian Koall (IBA WTH)
<b>Kassenprüfer</b>	Markus Winkler
<b>Kassenprüfer</b>	Alex Funk
<b>Tarifbeauftragter</b>	Alexander Schwarz (IBA WTH)
<b>Beisitzer Bad Mergentheim</b>	Christian Schuster
<b>Beisitzer Tauberbischofsheim</b>	Alexander Spang
<b>Beisitzer TBB-Distelhausen</b>	Sascha Diemer
<b>Beisitzer Wertheim (PRev)</b>	Ralph Winzenhöler
<b>Wertheim (IBA)</b>	Sebastian Koall
<b>Vorsitzender KV 67 IBA WTH</b>	Sebastian Koall



> Jubilare im Main-Tauber-Kreis

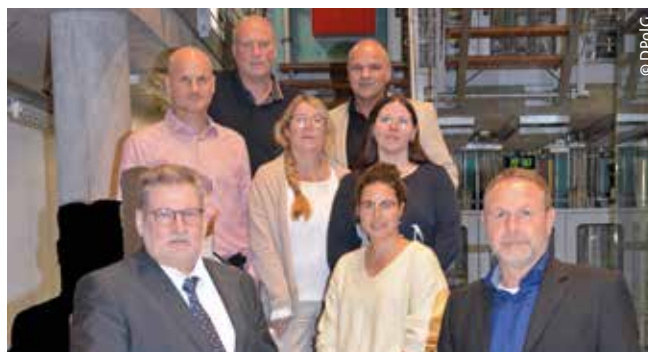


## KV Tuttlingen

Am 17. November 2022 fand die sehr gut besuchte Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Tuttlingen statt. Mit dabei erstmalig der Bezirksvorsitzende Andreas Herzog, der auch Mitglied im Hauptpersonalrat ist und einen Rück- und Ausblick gab.

Bei den Neuwahlen blieb erfreulicherweise fast alles beim „guten Alten“, alle Funktionsträger wurden wiedergewählt und arbeiten in ihren Bereichen weiter. Dabei wurde Lisa Klaiber neu als Vertreterin der JUNGEN POLIZEI in die Vorstandschaft gewählt und löste

<b>Kreisvorsitzender</b>	Dieter Popp
<b>Stellvertreter</b>	Michael Kästle
<b>Kreisgeschäftsführerin</b>	Andrea Hofmann
<b>Schatzmeisterin</b>	Eva Merker
<b>Vertreterin JUNGE POLIZEI</b>	Lisa Klaiber
<b>Tarifbeauftragte</b>	Andrea Hofmann
<b>Frauenvertreterin</b>	Michaela Buschle
<b>Seniorenbeauftragter</b>	Michael Kotzian
<b>Kassenprüfer</b>	Frank Dettmann
<b>Kassenprüfer</b>	Michael Kotzian
<b>Beisitzer (PRev Spaichingen)</b>	Tobias Jetter



> Kreisvorstand Tuttlingen

damit die bisherige Ansprechpartnerin Susanne Stitzenberger ab. Erich Bausch wurde als Kassenprüfer verabschiedet.

Auch in Tuttlingen freuten sich zahlreiche Mitglieder über Ehrungen und Verdienste in der DPolG. Geehrt wurden für 25 Jahre Mitgliedschaft Nor-

bert Langer, Andreas Vögtle und Jörg Widmann. Für 40 Jahre Frank Dettmann, Werner Dressler, Günther Heni, Wendelin Liehner, Werner Merker, Dieter Ott, Dieter Popp, Manfred Schwanz. Besondere Ehrungen gab es für 50 Jahre mit Walter Herzog und für 55 Jahre Rolf Kock.

## KV Lahr

Am 19. Januar 2023 folgten zahlreiche Mitglieder und Mandatsträger dem Weg zur Jahreshauptversammlung nach Lahr in das Hotel Westend. Besonderer Ehrengast war an diesem Abend die Ministerin für Justiz und für Migration Baden-Württemberg, Marion Gentges, die sich auch bei der letzten Veranstaltung

des Kreisverbandes Lahr die Zeit genommen hatte. Frau Gentges brachte dabei ihre große Verbundenheit zum Ausdruck. Seit Jahren begleitet sie die Entwicklungen vor Ort am Hochschulstandort und informiert sich immer wieder über die kleinen und großen Probleme. Sie überzeugte an diesem Abend mit einem klaren Statement zur Polizei, dankte für deren



> Ralf Kusterer, Sarah Leinert, Steffen Wacker, Justizministerin Marion Gentges, Dirk Preis, Natascha Hildenbrand (von links)



> Manfred Schäfer, Klaus Baumann, Steffen Wacker, Sandro Wagner, Gerd Bartel (von links)

<b>Kreisvorsitzender</b>	Steffen Wacker
<b>Stellvertreter</b>	Sandro Wagner
<b>Stellvertreter</b>	Christoph Hauß
<b>Schatzmeisterin</b>	Sandra Ruff
<b>Vertreterin JUNGE POLIZEI</b>	Sarah Binninger
<b>Vertreterin JUNGE POLIZEI</b>	Selviye Hornikel
<b>Tarifbeauftragte</b>	Annette Kees
<b>Tarifbeauftragter</b>	Dmitri Altergott
<b>Frauenvertreterin</b>	Heike Wagner
<b>Seniorenbeauftragter</b>	Jürgen Weber
<b>Kassenprüfer</b>	Dietmar Späth
<b>Kassenprüfer</b>	Stefan Kohler
<b>Beisitzer Inklusion und Teilhabe</b>	Daniel Baur
<b>Beisitzer</b>	Marcus Braunschweiger
<b>Beisitzer</b>	Björn Gmeiner
<b>Beisitzer</b>	Bernd Hetty
<b>Beisitzer</b>	Mathias Heßler
<b>Beisitzer</b>	Axel Kromer
<b>Beisitzer</b>	Thomas Liedel
<b>Beisitzerin</b>	Sabrina Schwendemann
<b>Beisitzer</b>	Ralf Teßmer
<b>Beisitzer</b>	Bernd Walter
<b>Beisitzer</b>	Manfred Wernert

Arbeit und sagte weiterhin ihre Unterstützung zu.

Mit ergänzenden Wahlen wurde der Vorstand erweitert, wobei es dem Verband ein Anliegen war, zukünftig einen Beisitzer für Inklusion und Teilhabe zu haben. Kollegin

Kerstin Bédard und Lukas Schwörer waren auf eigenem Wunsch ausgeschieden.

Geehrt wurden für 40 Jahre die anwesenden Mitglieder Manfred Schäfer, Klaus Baumann, für 25 Jahre Sandro Wagner und für 50 Jahre Gerd Bartel.



### Ortsverband FW Tübingen

Am 15. November 2022 waren die Mitglieder des Ortsverbandes FW Tübingen in das Schützenhaus in Weilheim eingeladen. Mit dabei waren der Bezirksvorsitzende Reutlingen, Alfred Seiter, sowie der Landesfeuerwehrbeauftragte Oliver Walther, die sich in ihren Grußworten bei den Aktiven vor Ort bedankten. Die Wahlen



brachten wenig Veränderungen. Es bleibt bei einem aktiven Team, das sich um die Mitgliederinteressen kümmert.

<b>Kreisvorsitzender</b>	Klaus-Dieter Schiebel
<b>Geschäftsführer</b>	Ralf Straub
<b>Schatzmeister</b>	Björn Künstle
<b>Kassenprüfer</b>	Achim Weimer
<b>Kassenprüfer</b>	Frank Luz
<b>Vertreter JUNGE POLIZEI</b>	Michael Gruber
<b>Seniorenbeauftragter</b>	Jochen Eitelbuß

## Statement der DPoIG zur Cybersicherheit

Nicht nur, aber auch zur Sicherheit bei der Polizei

Hackerangriffe auf Unternehmen und Behörden, IT-Probleme bei der Polizei – dazu nahm die DPoIG Anfang Februar Stellung. In diesen Zeitraum fallen ein Stromausfall beim Landeskriminalamt (LKA), Angriffe auf die Internetseiten der Polizei, ein Erfolg von Kripoermittlern beim PP Reutlingen und scheinbar unendlich viele Cyberangriffe auf Firmen und Privatleute.

Die Angriffe auf die Polizei im Internet zeigen, wie schwierig die Situation in der Cybersicherheit ist. Wer die Polizei angreift, greift auch erst recht den normalen Bürger oder hier in der Regel große und mittlere Unternehmen an. Das ist vergleichbar mit der Eskalation, die wir bei Gewalt gegen Polizeibeamte im Alltag erleben. Wer die Polizei schlägt, hat erst recht keinen Respekt vor dem Bürger.

Der Schaden durch Cyberkriminalität ist immens. Dabei darf man nicht aus dem Blick lassen, dass es nicht erst durch die kriegerischen Entwicklungen auf der Welt auch einen Cyberextremismus und Cyberterrorismus gibt. In Teilen kön-

nen wir sogar von einem Cyberkrieg sprechen.

Diese Landesregierung – insbesondere unter der Führung der Grünen in der ersten Koalition mit der SPD – hat in der IT und in der letzten Legislatur in der Bekämpfung der Cyberkriminalität auf das völlig falsche Bahngleis gesetzt. Wir fahren nicht auf der ICE-Schnellbahntrasse, weil wir die nicht haben, sondern auf der kleinen Bergbahngleisanlage im Hinterland. Und wenn wir bildlich gesprochen nicht einige Unentwegte hätten, die mal aus der Bahn aussteigen und an dieser vorbeirennen, so wie die Kripokollegen aus dem Polizeipräsidium Reutlingen, dann wäre das alles noch schwieriger.

In manchen Polizeibüros türmen sich Aktenberge von einfach gelagerter Computerkriminalität. Vielfach ist das nur noch ein Verwalten. Dramatisch ist die Lage bei Straftaten, in denen Menschen, oft auch kleine Kinder, Opfer werden. Hier wirft die Politik dann noch Steine auf die Schienen, die uns ausbremsen. Wir haben einen Täter- und



> Oliver Auras

keinen Opferschutz – das gilt auch in der Cybersicherheit. Die gesamte Infrastruktur stimmt schon nicht. Die von Ministerpräsident Kretschmann in der ersten Amtszeit durchgedrückte Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg ist eine Fehlkonstruktion, die die Ressorts viel Geld kostet, aber keine operative Ausrichtung bringt. Die erforderliche Leistungsfähigkeit wurde nie erreicht. Auch deshalb sind einzelne Ressorts, wie das Finanzministerium, ausgeschert.

Der Aufbau der Minibehörde „Cybersicherheitsagentur“, die nach außen Cybersicherheit demonstriert, aber dazu nicht einmal im Ansatz das bieten kann, was sie soll, kann höchstens als

Selbstdarstellungsobjekt gewertet werden. Der Abzug von Fachpersonal aus der Polizei und dem Landeskriminalamt schwächt die Gewährleistung der Cybersicherheit, weil ein wesentliches Element dazu die Bekämpfung von Cyberkriminalität, Cyberextremismus, Cyberterrorismus und Cyberkrieg ist. Das Land und diese Landesregierung tun viel zu wenig und das jetzt schon seit Jahren.

Die Zeche zahlen der Bürger und die Unternehmen, denen der Staat eben nicht die Sicherheit bietet, die unser Staatswesen im Grunde – auch mit dem Gewaltmonopol – zu garantieren hat. Was im realen Leben gilt, muss auch in der Cyberwelt gelten.



## Rolf Fauser eröffnet „sein“ Kriminalmuseum in Böblingen

Wenn man umgangssprachlich davon spricht, „das war/ist sein Kind“, dann verbindet man damit eine persönliche Sache, eine Herzensangelegenheit, etwas ganz Besonderes, für das der oder diejenige Zeit aufgebracht hat und ihm/ihr diese Sache ganz wichtig war. Das Kriminalmuseum in Böblingen war und ist so eine Sache. Die Herzensangelegenheit von Rolf Fauser, für die er seit der Polizeireform 2014 unendlich viel Zeit und Engagement aufbrachte.

Nach mehr als acht Jahren war es so weit. Am 22. November 2022 konnte Rolf Fauser das Kriminalmuseum einweihen. Die Schirmherrschaft hat kein Geringeres als Innenstaatssekretär Wilfried Klenk übernommen. Zahlreiche Vertreter der Polizeipräsidien, des Landeskriminalamtes, der Hochschule für Polizei, Landräte und Oberbürgermeister, der Leiter des Instituts für Fortbildung der Polizei und zahlreiche Gäste aus Politik und Polizei, Personalräte und Polizeigewerkschafter folgten der Einladung in die ehrwürdigen Räumlichkeiten der ehemaligen Wildermuth-Kaserne.

Die Geschichte der Verbrechensbekämpfung von 1898 bis zur Gegenwart. Nicht für die Öffentlichkeit zugänglich. Mehrere Tausend Exponate, gruselig, ein bisschen brutal, auf alle Fälle kurios. Nichts für Zartbesaitete. Dem Täter auf der Spur mit Bildern und Gegenständen aus dem früheren Alltag der Kriminalpolizei. Dutzende Tafeln und Schaukästen. Herausragend ist eine Schautafel mit den einzigen erhaltenen Tatortfotos vom berühmten Diebstahl der preußischen Kronjuwelen auf Burg Hohenzollern im Juli 1953. Eine kleine Schmutzdecke im Reich der Domina und den unterm Tisch verkauften Super-8-Sexfilmen der 60er-Jahre. Besonders: echte Tatwerkzeuge und ihre Geschichte. Die Geschichten von Opfer und Täter. Alles fein sortiert, nummeriert, archiviert und sehr ansprechend präsentiert. Ein kleines Juwel in dem im Frühjahr 1937 als Fliegerhorstkaserne errichteten Areal.

Zum Auftakt „Kriminaltango“ – was passt besser zur Eröffnung eines Kriminalmuseums. Hervorragend intoniert von Jutta Fauser-Raff (Akkordeon), Heidi

Obertreis (Violine), Charlotte Obertreis (Cello), Moritz Winter (Schlagwerk und Technik) und Dr. Björn Staiger (Gesang). Nach einer kurzen Ansprache von Rolf Fauser folgte eine imposante Festansprache von Staatssekretär Klenk, der dabei die besonderen Verdienste von Rolf Fauser und seinen zahlreichen Mitstreiter(innen), darunter Rolf Fausers Ehefrau Jutta, herausstellte und würdigte. Neben dem damaligen Präsidenten der Hochschule, Martin Schatz, brachte der Böblinger Landrat Roland Bernhard seine Freude über dieses tolle Museum zum Ausdruck. Gerne würden der Landrat und Oberbürgermeister Dr. Stefan Belz dabei unterstützen, dieses

Kriminalmuseum auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Leider stehen diesem Ansinnen die Authentizität und eventuell die Persönlichkeitsrechte der Exponate entgegen. Und so bleibt es vorerst ein Kriminalmuseum für die Polizei und benachbarte Organisationen.

Für die Gäste war es ein mit musikalischer Umrahmung und kulinarischen Genüssen ausgeschmückter Blick in die Kriminalgeschichte. Mit Stauen und Lachen, mit Geschichten und wahren Begebenheiten. Mit Dankbarkeit für die Schaffung von etwas ganz Besonderem. Mit Dank und Anerkennung für Rolf Fauser. ■



© DPoIG (4)



## Deutsche Polizeigewerkschaft fordert Streichung der Hinzuverdienstgrenze – auch für Beamte

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern unterscheidet Baden-Württemberg in Bezug auf zulässige Nebenverdienste im Ruhestand nicht nach Berufsgruppen, sondern setzt für alle Beamten die Regelaltersgrenze mit 67 Jahren fest. Somit werden Polizeibeamte und andere mit einer besonderen Altersgrenze so eingestuft, als wenn sie vorzeitig in den Ruhestand getreten wären.

Für die betroffenen Beamtinnen und Beamten bedeutet dies, dass sie in Baden-Württemberg erst mit Erreichen des Regelalters von 67 un-

begrenzt hinzuverdienen dürfen, wohingegen sie beispielsweise in Bayern mit Erreichen des Relegalters, bezogen auf die jeweilige Berufsgruppe, dies bereits dürfen, sofern es keine gesonderte Regelung gibt.

Zum Jahreswechsel ist nun eine neue Regelung für Angestellte und Arbeiter in Kraft gesetzt worden, die diesen einen unbegrenzten Zuverdienst zugesteht, selbst wenn sie vorzeitig in den Ruhestand treten. Dafür hat auch die DPoIG gekämpft. Das Argument, mit welchem die Bundesregierung die Deckelung



> Dieter Knolmar

des Zuverdienstes für Frührentner aufgehoben hat, lässt sich

eins zu eins auch auf pensionierte Beamte übertragen. ■

## Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Ab 1. Januar 2023 wurde die eAU, die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, für alle Arbeitgeber bundesweit verbindlich eingeführt und löst damit den „gelben Schein“ ab.



> Francesco Brancato, Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei (PTLS Pol)

### ■ Vorlagepflicht entfällt, Meldepflicht bleibt!

An der Pflicht zur unverzüglichen Information des Arbeitgebers über die Arbeitsunfähigkeit sowie deren vor-

aussichtliche Dauer, hat sich nichts geändert! Gesetzlich krankenversicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer informieren ihren Arbeitgeber daher unverzüglich über ihre Arbeitsunfähigkeit und suchen

dann einen Arzt auf, sofern erforderlich, um den gesetzlichen Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall nicht zu gefährden oder gar zu verlieren. Beachten Sie hier auch weiterhin die Regelungen, die in Ihrem Betrieb für die Krankmeldung vorgesehen sind.

### ■ Was ist neu?

Die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung in Papierform wurde zum 1. Januar 2023 abgeschafft und durch eine digitale Lösung (eAU) ersetzt. Arbeitnehmer müssen ihrem Arbeitgeber von da an keine AU-Bescheinigung mehr vorlegen. Dies gilt ab 2023 auch für Arbeitnehmende, die auf Mini-job-Basis beschäftigt sind.

### ■ Welche Bescheinigungen sind abrufbar?

> Arbeitsunfähigkeit vom Vertragsarzt und vom Zahnarzt

> Arbeitsunfähigkeit beim Arbeitsunfall  
> Stationärer Aufenthalt im Krankenhaus

### ■ Welche Bescheinigungen sind NICHT abrufbar?

Nicht beteiligt sind derzeit Privatärzte, Physio- und Psychotherapeuten, Rehabilitationsleistungen, Beschäftigungsverbote, Erkrankung des Kindes, Wiedereingliederung und die Erkrankung im Ausland.

Ein Abruf der eAU ist auch erst dann sinnvoll, wenn der Arbeitnehmer überhaupt erst verpflichtet war, eine Arbeitsunfähigkeit durch den Arzt feststellen zu lassen und diese vom Arzt an die Krankenkasse übermittelt werden konnte. In der Regel ist eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bekanntlich bei Tarifbeschäftigten erst nach drei Tagen dem Arbeitgeber vorzulegen. ■